

GEOLOGISCHE DATEN IM BRENNPUNKT

Zusammenfassung AG 3

„Bedeutung und Bereitstellung von Geodaten für Bürger*innen sowie interessierte Öffentlichkeit“

Referenten:

- Andreas Sikorski, Präsident des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie des Landes Niedersachsen
- Jörg Faber, Mitglied im Beratungsnetzwerk der Bürgervertreter*innen im NBG

Moderation:

- Marion Durst, Bürgervertreterin Nationales Begleitgremium
- Bettina Gaebel, Bürgervertreterin Nationales Begleitgremium

Impulsvorträge

„GeoInformationen im Dienste der Gesellschaft“, so lautete der Titel des ersten Vortrags von Andreas Sikorski, Präsident des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie des Landes Niedersachsen (LBEG). Das Landesamt befasst sich in diesem Kontext mit drei Aufgabenfeldern

1. Sammeln, Erkunden, Analysieren
2. Aufbereiten, Auswerten
3. Bereitstellen, Interpretieren, Beraten

Die Ausgangssituation beschreibt Andreas Sikorski wie folgt: In Niedersachsen gebe es mehr als 300.000 Bohrungen bei mehr als 100 m Bohrtiefe. Dabei kann nicht unterschieden werden zwischen privaten und staatlichen Bohrungen. Bohrungen sind immer zielgerichtet auf einen Zweck. Viele der Bohrdaten seien entsprechend nicht interessant für die Suche nach einem passenden Endlagerstandort. Dies begründet Sikorski damit, dass zum Beispiel eine Bohrung nach Erdgas andere Gesteinsarten und Bohrtiefen in den Fokus nimmt, als eine Bohrung für die Suche nach einem Endlager.

Ein Teilnehmender erkundigt sich danach, wie sicher die Auswertung von Bohrdaten ist. Als Beispiel führt er eine abgesackte Autobahn in Mecklenburg-Vorpommern an, bei der offensichtlich der Untergrund nicht ausreichend untersucht war. In diesem Zusammenhang führt der Teilnehmende aus, dass die in den Ländern sehr unterschiedlichen fachlichen und technischen Ausstattungen der geologischen Landesämter kritisch zu beurteilen sind. Herr Sikorski geht hierauf ein und hält fest, dass ein Restrisiko bei der Interpretation von Daten nie bei 0 % liegt und das Ziel die Risikoreduzierung ist.

Der Referent stellt das Herzstück der Dokumentation und der Informationsvermittlung vor, das niedersächsische Bodeninformationssystem (NIBIS), den NIBIS Kartenserver. Mit mehr als 400

Fachkarten dient er als öffentliches Portal für die niedersächsischen Geodaten. Pro Tag gibt es durchschnittlich 30.000 Kartenabrufe. Hauptsächlich nehmen Ingenieurbüros Zugriff auf die Plattform (54 %), gefolgt von Landesverwaltung (13 %) und Forschungseinrichtungen mit 11 %, während die Aufrufe durch Bürger*innen nur 3 % der Gesamtnutzung ausmachen. Sikorski beschreibt den hohen Aufwand, der nötig ist um die die Daten so aufzubereiten, dass sie für die Bürger*innen verständlich und nachvollziehbar eingepflegt werden können. Für die Zukunft stellt das LBEG sich die Frage, was es leisten kann für Vertrauen von Bürger*innen auch im Rahmen der Endlagersuche. Momentan interessiert das Thema noch sehr wenige. Die weiße Landkarte sorgt für Unbetroffenheit und Desinteresse. Mit Festlegung der Regionen wird sich dies ändern.

[Der ganze Vortrag von Andreas Sikorski als PDF](#)

Als zweiten Impuls gibt Jörg Faber, Mitglied im Beratungsnetzwerk (BNW) der Bürgervertreter*innen im NBG, Einblick in seine Motivation, weswegen er sich im BNW engagiert und auch heute an der Veranstaltung teilnimmt. Ihm sei wichtig Verantwortung zu übernehmen. Anfang der achtziger Jahre sei er in die Asse eingefahren und habe neben den Fässern gestanden. Der Anruf, sich in den Bürgerforen einzubringen war reiner Zufall, aber sich in das BNW wählen zu lassen, entsprach seinem Wunsch, sich einzubringen. Als Mitglied des BNW hat er „100 % volle Bodenhaftung“ und möchte so die Perspektive von Bürger*innen einbringen. Für die Kommunikation in Richtung Bürger*innen, auch zum Thema Geologiedaten, wünscht er sich, dass von den Verantwortlichen eine Sprache gefunden wird, die kein Misstrauen weckt.

Diskussion

Folgende drei Leitfragen dienten als Impuls für die Diskussion:

1. Die Sicht von Bürger*innen: Was ist wichtig, damit Bürger*innen in der Diskussion rund um die geologische Daten im Standortauswahlverfahren mitgenommen werden und sich mitgenommen fühlen?
2. Die Sicht der Institutionen: Was bedeutet das für diejenigen, die für Information, Unterrichtung und Öffentlichkeitsbeteiligung verantwortlich sind?
3. Gibt es besondere Empfehlungen/Beispiele guter Praxis?

In der Arbeitsgruppe wird intensiv diskutiert über die Art der Veröffentlichung von Daten:

Wer entscheidet, welche Daten gebraucht werden, um Vertrauen zu schaffen? Das sollte nicht allein in einer Hand liegen. Eine Herangehensweise in dem Sinne „Es gibt Daten, die braucht ihr nicht zu haben“, weckt Misstrauen. So sollte nicht vorgegangen werden. Die Möglichkeit auch an die Rohdaten zu gelangen, wird als Voraussetzung gesehen, um Vertrauen zu schaffen. Dem gegenüber wird die Position vertreten, dass auch die Veröffentlichung aller Daten nicht unbedingt Vertrauen schaffen wird. Es muss klargestellt werden, dass Bohrungen zweckgerichtet sind und erklärt werden, warum die Ergebnisse für die Suche nach einem Endlager nicht relevant sind.

Um Vertrauen zu schaffen, ist ein möglicher Ansatz in der Umweltpädagogik zu finden: diejenigen, die mit den Daten arbeiten, sollten rausgehen und ihre Arbeit erläutern. Zwar kann keine 100 % Garantie für die korrekte Interpretation von Daten gegeben werden, aber 150 Jahre Erfahrung mit der erdgeologischen Erfassung zeigt die große vorliegende Wissensbasis. Auf dieses Statement wird reagiert mit dem Hinweis, dass es nicht um ein Misstrauen wegen mangelnder geologischer

Expertise geht, sondern dass das Misstrauen darin begründet liegt, dass Daten nur gefiltert vorgelegt werden.

Dennoch ist die Frage berechtigt: Ab wann vertrauen wir den Akteur*innen und bis zu welchem Punkt brauchen wir nachvollziehbare Daten? Denn „Experten bewerten für die Bürger“ wird als Methode hinterfragt werden, sobald die Regionen vorliegen und es „zum Kampf“ kommt. Selbstverständlich sollte es so sein, dass alle Daten, welche die BGE selber im Prozess erhebt, zu 100 % veröffentlicht werden.

Daten zur Verfügung zu stellen, stellt die Verantwortlichen in den verschiedenen Bundesländern vor unterschiedlich große Herausforderungen, denn die geologischen Dienste der Länder sind stark unterschiedlich ausgestattet. Zudem verfolgt jedes Bundesland ein anderes Vorgehen. Hier müssen Maßnahmen für einen Ausgleich ergriffen werden. Niedersachsen ist mit NIBIS sehr weit voraus, was nicht dem Standard entspricht.

An die Gestaltung der Öffentlichkeitsarbeit wird der Wunsch formuliert, dass eine laienverständliche Sprache gewählt wird und ein proaktiver Weg der Informationsvermittlung gefunden werden sollte. Schon der jetzige Prozess muss dokumentiert werden, so dass bei steigendem Interesse, nach Veröffentlichung der Regionen, alle Interessierten das bisherige Vorgehen verständlich nachvollziehen können. Weitere Wünsche sind eine Infokampagne und Filme für Schüler*innen.

3 Botschaften aus der AG fürs Plenum

1. In der AG werden zwei Positionen deutlich.
 - a. Den **Vertreter*innen der Geowissenschaften** ist es wichtig darzustellen, dass eine Bohrung und die Interpretation ihrer Daten vor dem Hintergrund eines Ziels erfolgt. Nicht alle gewonnenen Daten sind somit relevant für die Endlagersuche, da sie z.B. Daten für die Erdgasförderung liefern und ein anderes Ziel verfolgen.
 - b. **Bürger*innen** machen deutlich, dass Ihres Erachtens alle Daten zugänglich gemacht werden müssen. Sowohl die Rohdaten, als auch die Bewertungsdaten. Letztere sind zudem zu erläutern. Die Herausgabe aller Daten verfolgt das Ziel der Nachvollziehbarkeit und des Vertrauensaufbaus.
2. Die Öffentlichkeitsarbeit des BfE sollte folgende Ansätze vorantreiben:
 - a. Eine Informationskampagne
 - b. Filme zum Thema für Jugendliche
 - c. Es sollte über die Methodik im Bereich der Geologie informiert werden. Dazu gehört auch die Information darüber, dass es bereits seit 150 Jahren Erfahrung gibt mit der erdgeologischen Erfassung und deren Methodik. Die Personen, die im Feld arbeiten, sollten rausgehen und ihre Arbeit erklären.
3. Die Staatlichen Geologischen Dienste der verschiedenen Länder müssen mit gleicher Kompetenz, Stärke und Technik ausgestattet sein.

Verfasserin: Sophie Scholz